



Rede

**des wirtschafts-, mittelstands- und
energiepolitischen Sprechers
der CDU-Landtagsfraktion,
Hendrik Wüst MdL**

im Plenum des Landtags NRW

am

15. Dezember 2010

TOP 4 – Gesetz zur Revitalisierung des Gemeindefirtschaftsrechts

Verehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe nur noch wenig Redezeit; deshalb komme ich gleich auf den Punkt.

Ich habe in der Anhörung ein Friedensangebot gemacht, weil ich der festen Überzeugung war und immer noch bin, dass dieses Thema einem Kompromiss zugänglich gewesen wäre, der uns alle das Gesicht hätte wahren lassen können. Wir haben uns ja schon bewegt. Zumindest die konkrete Umsetzung der Gemeindeordnung 2007 der christlich-liberalen Koalition hat Änderungsbedarf ausgelöst. Das ist zugestanden; das haben wir ja auch in dem Änderungsantrag deutlich gemacht. Es wäre möglich gewesen, eine dauerhafte, tragfähige Lösung unabhängig von der Frage, wer mit wem regiert, hinzubekommen, dieses Symbolthema, das es zweifelsfrei ist, langfristig abzuräumen. Sie haben sich im Großen und Ganzen dagegen entschieden. In der Anhörung war der Tenor der Wirtschaftsvertreter, Handwerkskammern, insbesondere Freie Berufe, Mittelstand: unausgewogen, einseitig, also ablehnend. Diese Kritik haben Sie mit dem Kompromiss von VKU und Handwerkskammer, den sie auf unser Drängen hin umgesetzt haben, in Wahrheit nicht abgearbeitet. – Ich weiß gar nicht, warum Sie lachen, denn wir haben das beantragt. Selbst zu diesem mickrigen Kompromiss mussten wir euch treiben.

Der Kompromiss ist mickrig, weil es in § 107 der Gemeindeordnung keine Annäherung gibt. Warum hätte der VKU mit Ihnen im Rücken das auch tun sollen, die das ja nicht von ihm verlangt haben?

Es steht also heute im Gesetz: Was die freie Wirtschaft, was freie Unternehmer nicht besser und wirtschaftlicher machen können, das soll der Staat machen. Damit wird die Staatswirtschaft zur Regel, und das freie Unternehmertum muss laut Gesetz ihre Spielräume begründen, sodass die Beweislast umgekehrt ist. Diese Beweislastumkehr schwächt den Mittelstand, das Handwerk, die Freien Berufe. Sie verlagern von Privatwirtschaft auf Staatswirtschaft. Sie entziehen gerade dem Teil der deutschen Wirtschaft Aufträge, um den man uns international beneidet.

Sie schwächen gerade den Teil der Wirtschaft, der in der Krise für Stabilität gesorgt hat. Sie schwächen gerade den Teil der Wirtschaft, der ausbildet und integriert. Sie schwächen gerade den Teil der Wirtschaft, der wie kein anderer Verantwortung lebt und für soziale Marktwirtschaft steht. Sie schwächen soziale Marktwirtschaft und stärken Staatswirtschaft.

Beim § 108a hätte uns – eigentlich hätte das bei Ihnen auch nicht anders sein dürfen – mal die Einschätzung von Experten und Praktikern interessiert. Der Kollege Hauser hat dazu ausführlich Stellung genommen. Darauf haben Sie aber verzichtet, um der Linken dieses Geschenk zu machen, und ein Hopplahopp-Verfahren gewählt. Die kommunalpolitische Szene hatte bisher keine Chance, sich damit auseinanderzusetzen. Es hat Sie auch nicht interessiert, was die dazu sagen.

Vielfach – das ist richtig, Herr Kollege; das wissen Sie auch – waren die heutigen Aufsichtsräte früher Werksausschüsse – so hieß das vielfach –, wo in den fakultativen Aufsichtsräten natürlich keine Mitbestimmung stattgefunden hat. Da

Es gilt das gesprochene Wort!

besteht eine Menge Veränderungsbedarf. Und wie das immer so ist: Wenn man vorher nicht miteinander redet, ist erst die Verwunderung und dann die Verärgerung groß. Ich wünsche Ihnen damit sehr viel Freude, aber das haben Sie sich selber zuzuschreiben.

Wer über Stuttgart 21 redet, wer sogar abgeschlossene Verfahren wie bei der CO-Pipeline noch einmal aufmachen will – Mediationsverfahren war das Wort des Wirtschaftsministers –, wer von neuer Offenheit redet, der darf sich nicht bei solch wesentlichen Änderungen auf den Standpunkt stellen, wie Sie es tun – darüber müsse man nicht mehr reden –, der darf nicht die grundlegenden Rechte des Parlaments mit Füßen treten.

Sie haben die Chance verpasst – ich komme zum Ende –, dieses Thema ein für alle Mal im Konsens zu lösen. An uns hätte es nicht gelegen, aber so können wir leider nicht mitmachen.